

Claude Kohlen

# Wohin steuern die deutschen Grünen?

*Seit der Bundestagswahl 2005 sind die Grünen in Deutschland in der Opposition. Wollen sie das ändern, bleibt vorläufig wohl nur eine Annäherung an die CDU.*

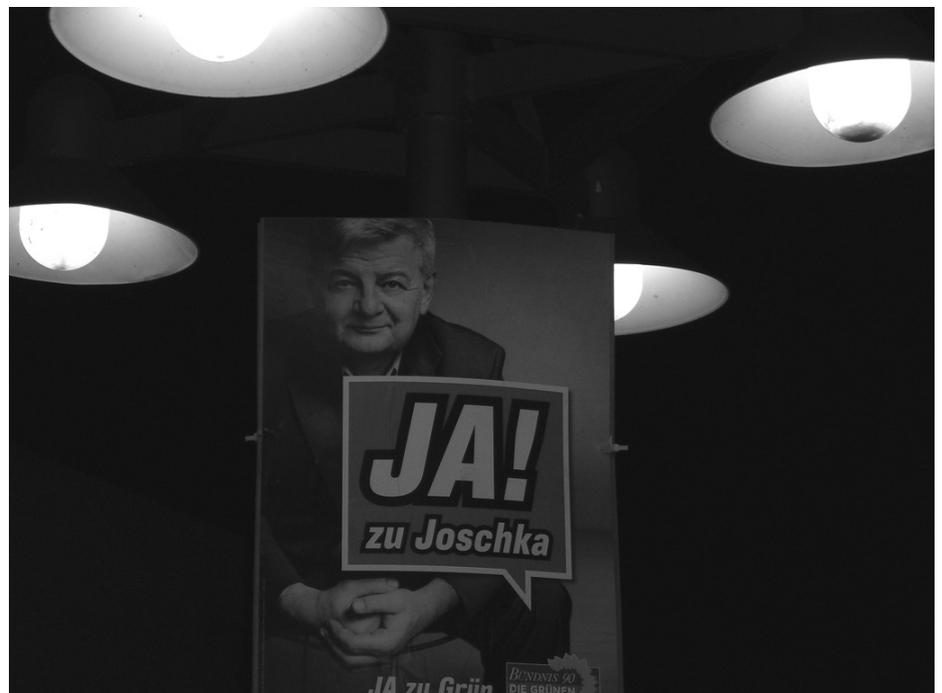
Als am Abend des 27. September 1998 die ersten Hochrechnungen über die Bildschirme flimmerten und sich frühzeitig eine deutliche Mehrheit für eine rot-grüne Regierungskoalition abzeichnete, war dies für viele Linke in Deutschland die Erfüllung eines Traumes. Seit der ersten grünen Regierungsbeteiligung auf Länderebene in Hessen 1985 wartete man darauf, dass das rot-grüne Projekt endlich auch auf Bundesebene eine Mehrheit haben werde. Die sowohl bei der SPD als auch bei den Grünen bestimmende Generation der Babyboomer wollte Deutschland moderner, ökologischer, fortschrittlicher gestalten, und so den Mief von 16 Jahren Kohl-Regierung vergessen machen.

Zur Ernennung als Außenminister erschien Joschka Fischer in Anzug und Lackschuhen, die Zeiten der Turnschuh tragenden Grünen war vorbei. Dabei hatten die grünen Abgeordneten einst im grauen Parlamentsalltag bunte Farbtupfer gesetzt, als sie 1983 bei der Bundestagswahl mit 5,6 Prozent erstmals in den Bundestag eingezogen waren. Mit Wollpullovern, langen Haaren und Latzhosen schockierten sie die altgedienten Abgeordneten der etablierten Parteien. Zu den ersten Abgeordneten zählten

Joschka Fischer und Otto Schily, der damals als RAF-Anwalt bekannt war und später bei der SPD Karriere machen sollte. Die Grünen brachten einen unkonventionellen Politikstil in die Parlamentsarbeit ein, und nicht selten kam es zu handfesten Eklats. Ein Jahr nach dem Einzug in den Bundestag rief Joschka Fischer dem Bundestagsvizepräsidenten

Richard Stücklen zu: „Mit Verlaub, Herr Präsident: Sie sind ein Arschloch“, wofür er aus der Bundestagsdebatte ausgeschlossen wurde. 1985 bildeten die Grünen zusammen mit der SPD in Hessen eine Koalition, 1986 schafften sie das Rotationsprinzip ab. 1987 erreichen sie bei der Bundestagswahl 8,3 Prozent der Stimmen. Vor allem der Atomunfall in

Wahlplakat 2005 (© patapat)



Tschernobyl verschaffte der Partei einen großen Zulauf.

Doch die Ereignisse um den Mauerfall erwischten die Grünen auf dem falschen Fuß. In der patriotischen Stimmung der damaligen Zeit drangen die Grünen mit ihren Themen nicht mehr durch, auch ihre Zurückhaltung in Bezug auf den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik kostete Sympathien. Konsequenz war, dass die Grünen 1990 den Sprung in den Bundestag verfehlten, nur dank der unterschiedlichen 5-Prozent-Hürden in Ost und West zogen acht ostdeutsche Abgeordnete der mit den Grünen verbundenen Bürgerrechtsbewegung „Bündnis 90“ in den Bundestag ein. 1993 kam es zum Zusammenschluss der beiden Gruppen, seitdem tritt die Partei als „Bündnis 90/Die Grünen“ bei Wahlen an.

### Erste Regierung Schröder

Als die Grünen nach der Wahl 1998 mit der SPD unter Gerhard Schröder eine Regierung bildeten, waren neben Joschka Fischer als Außenminister auch Jürgen Trittin als Umweltminister sowie Andrea Fischer als Gesundheitsministerin für die Grünen im ersten Kabinett Schröder vertreten. Mit 47 Abgeordneten waren „Bündnis 90/Die Grünen“ die drittstärkste Fraktion. Die Anfangseuphorie war jedoch schnell verflogen. Die Arbeitslosigkeit verharrte auf hohem Niveau, viele Reformen wurden handwerklich ungeschickt umgesetzt. Die geplante doppelte Staatsbürgerschaft weckte bei vielen Menschen Überfremdungsängste, die die CDU zusätzlich schürte. Zudem verfolgte die Stammwählerschaft der SPD Schröders Weg in die „Neue Mitte“ mit Unbehagen. Das 1999 verfasste Schröder-Blair-Papier sah die SPD-Linke als Plädoyer für den Neoliberalismus. Schröder setzte die Abschaffung der Vermögenssteuer sowie die Herabsetzung der Unternehmenssteuern durch. Zudem trat mit Oskar Lafontaine eine der Galionsfiguren der SPD und einer der profiliertesten Linken nur wenige Monate nach dem Wahlsieg überraschend als Finanzminister und SPD-Vorsitzender zurück. Auch die Grünen düpierte Schröder, als er die Ökosteuer auf sechs Pfennige pro Liter Benzin begrenzte. 1999 erlitten SPD und Grüne massive Verluste bei Kommunal-, Landtags- sowie den Europawahlen. Hinzu kam der Kosovokon-

flikt, der vor allem die Grünen vor eine Zerreißprobe stellen sollte. Im März 1999 begann der Beschluss der NATO von jugoslawischen Stellungen, um der Befreiungsarmee des Kosovo UCK zur Hilfe zu eilen. Die deutsche Bundeswehr beteiligte sich mit Tornado-Flugzeugen an den Aktionen. Joschka Fischer war von der Notwendigkeit dieses Einsatzes überzeugt, um einen Völkermord an den Kosovaren zu verhindern. Da jedoch kein Beschluss des Weltsicherheitsrates der UNO vorlag, war der Krieg in völkerrechtlicher Hinsicht umstritten. Auf dem Parteitag der Grünen am 13. Mai 1999 kam es zu tumultartigen Szenen und einem Farbbeutelangriff auf Joschka Fischer. Fischer verteidigte den Militäreinsatz mit dem Hinweis auf die Verfolgung der Juden im Dritten Reich.

### Zur Ernennung als Außenminister erschien Joschka Fischer in Anzug und Lackschuhen, die Zeiten der Turnschuh tragenden Grünen war vorbei.

Der Grundsatz „Nie wieder Auschwitz“ müsse stärker wiegen als „Nie wieder Krieg“. Fischer schrieb kürzlich in seiner Biographie, dass er bei einer Niederlage auf dem Parteitag nicht nur sofort als Außenminister zurückgetreten, sondern auch aus der Partei ausgetreten wäre. Das hätte nicht nur das Ende von rot-grün bedeutet, sondern wohl auch die Spaltung der Partei. Dass ausgerechnet eine Partei mit starker Verankerung in der pazifistischen Szene den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr seit dem 2. Weltkrieg durchsetzen musste, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Ohne den vehementen Einsatz der grünen Galionsfigur Fischer für diesen Einsatz wäre eine Mehrheit beim Parteitag wohl nicht zustande gekommen.

Gut zwei Jahre später entsandte rot-grün im Rahmen der ISAF-Mission ebenfalls deutsche Soldaten nach Afghanistan. Kanzler Schröder verband die Abstimmung mit der Vertrauensfrage, schließlich stimmten nur vier grüne Abgeordnete gegen den Einsatz, darunter Hans-Christian Ströbele, der bei der Wahl im Jahr darauf in Berlin das erste Direktmandat für die Grünen erringen konnte.<sup>1</sup>

Auch beim Thema Atomausstieg waren große Teile der grünen Basis verärgert,

da man sich auf Druck der SPD auf langjährige Übergangsphasen einlassen musste. Zudem konnte die doppelte Staatsbürgerschaft nicht in der vorgesehenen Fassung durchgebracht werden, da rot-grün nach der Wahlniederlage in Hessen keine Mehrheit mehr im Bundesrat hatte. 2001 musste zudem Andrea Fischer infolge der BSE-Krise zurücktreten, für sie kam Renate Künast ins Kabinett. Als Erfolg konnten die Grünen immerhin das Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000 verbuchen, das zu einem weltweit beispiellosen Boom bei den regenerativen Energien führte. In der Regierungszeit von rot-grün konnte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieproduktion mehr als verdoppelt werden. Am 1. August 2001 trat das Gesetz über die Eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare in Kraft, ebenfalls ein Wahlkampfversprechen, das die Grünen durchsetzen konnten.

### Überraschender zweiter Wahlsieg

2002 sagten alle Demoskopien voraus, dass rot-grün die Bundestagswahlen verlieren würde. Doch dank der Oderflut, während der sich Gerhard Schröder als Landesvater präsentierte, konnte rot-grün auf der Zielgeraden Boden gutmachen. Auch wirkte sich das klare Nein der Bundesregierung zum Irakkrieg positiv aus. Die Grünen legten von 6,7 auf 8,6 Prozent zu und retteten so den Sieg für rot-grün.

Doch die in der nun folgenden Legislaturperiode begonnenen Sozialreformen, die unter dem Begriff Hartz-Reformen durchgesetzt wurden, sorgten gerade bei der Stammwählerschaft der SPD für Proteste. Die Grünen mit ihrer eher städtischen, akademisch gebildeten und besser verdienenden Wählerschaft, spürten dagegen kaum negative Auswirkungen der von ihnen mit beschlossenen Reformen. Doch wegen der mittlerweile krassen Mehrheit von schwarz-gelb im Bundesrat waren große Würfe kaum noch möglich, zudem wuchs innerhalb der SPD die Kritik an Schröder. Rot-grün war kaum noch handlungsfähig.

Seit der Wahlniederlage von rot-grün 2005 und dem Gang in die Opposition sind die Grünen noch auf der Suche nach ihrer neuen Rolle in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft. Zwischenzeitlich waren sie in keiner einzigen Landesregierung mehr ver-



E-Cards von ivyworld.de, ein deutsches Online-Magazin, das Lifestyle und Genuss mit Verantwortung für die Umwelt verbindet.

treten, bis es nach ihrem Wahlsieg im Mai 2007 zu einer rot-grünen Koalition im kleinsten Bundesland Bremen kam. Nach dem Abgang von Joschka Fischer fehlt zudem eine integrierende Führungspersönlichkeit. Die Grünen haben mit Renate Künast und Fritz Kuhn zwei Fraktionsvorsitzende und mit Reinhard Bütikofer und Claudia Roth zwei Parteivorsitzende. Hinzu kommt Jürgen Trittin, der zwar kein offizielles Amt bekleidet, jedoch eine zentrale Rolle bei der Machtverteilung innerhalb der Partei spielt.

Die momentan sehr heftig geführte Diskussion um Klimaschutz zeigt, dass die Themen der Grünen nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Doch wie sieht es mit der künftigen Machtperspektive aus? Der Lieblingspartner der Grünen ist nach wie vor die SPD. Doch mit dem Aufkommen der Linkspartei wird dieses Koalitionsmodell wahrscheinlich auf absehbare Zeit keine Mehrheit mehr haben. Wegen der Aversionen der SPD gegen die Linkspartei, die eine rot-rot-grüne Koalition vorerst unmöglich erscheinen lässt, bleibt als mögliche Konstellation eine Koalition der Grünen mit SPD und FDP oder schwarz-grüne Bündnisse als mögliche Alternative, ggf. zusammen mit der FDP in einer so genannten „schwarzen Ampel“ oder „Jamaika-Koalition“.

### Schwarz-grün als Zukunftsmodell?

Während das Verhältnis zwischen Grünen und FDP momentan noch sehr schwierig ist, vielleicht auch weil die Grünen der FDP den Rang als sozial-liberale Bürgerrechtspartei abgelaufen haben, ist zwischen CDU und Grünen das Eis schon länger am Schmelzen. Schon zu Bonner Zeiten trafen sich junge Abgeordnete beider Parteien regel-

mäßig zu Konsultationen in einem italienischen Restaurant, diese Runde wurde als „Pizza-Connection“ bekannt. Viele Grüne stammen aus dem bürgerlichen Milieu, überspitzt könnte man sagen, dass es sich bei den Grünen um die Söhne und Töchter der CDU handelt.

### Die kulturellen Gräben von einst, die Grüne und Christdemokraten trennten, sind auf jeden Fall dabei, sich zu schließen.

Kanzlerin Merkel hat in der Koalition mit der SPD bewiesen, dass sie moderierend auch ein schwieriges Bündnis zusammenhalten kann, sei es auch um den Preis der eigenen Konturlosigkeit. Und die neue Rhetorik der Kanzlerin in Umweltdingen, insbesondere der Klimapolitik, lassen auch ein Zugehen auf die Positionen der Grünen erkennen. Die Politik der CDU-Familienministerin für mehr Betreuungsangebote für Kleinkinder trifft auch bei der urbanen, jungen Wählerschaft der Grünen auf fruchtbaren Boden.

Auf kommunaler Ebene gibt es einige Beispiele für eine Zusammenarbeit von CDU und Grünen, etwa in Essen, Duisburg oder Frankfurt am Main. Falls es 2009 im Bund wieder nicht zu einer schwarz-gelben Mehrheit reichen sollte und die Union die stärkste Kraft wird, darf man davon ausgehen, dass sie den Grünen ein Angebot machen wird. Da es jedoch als schwierig gilt, auf Bundesebene eine Koalition einzugehen, die noch nie auf Länderebene getestet wurde, dürften die kommenden Landtagswahlen für Spannung sorgen. In Hamburg, wo Ende Februar gewählt wird, hat sich der CDU-Bürgermeister Ole von Beust für ein schwarz-grünes

Bündnis ausgesprochen, falls seine Partei die absolute Mehrheit verlieren sollte. Auch wenn man in der CDU-Zentrale in Berlin eine Koalition mit den Grünen nicht herbeireden will, so dürfte Kanzlerin Merkel durchaus auf ein solches Bündnis an der Elbe hoffen, da es die Machtoptionen der CDU für das Wahljahr 2009 verbessern würde. Die kulturellen Gräben von einst, die Grüne und Christdemokraten trennten, sind auf jeden Fall dabei, sich zu schließen. Und wenn die Grünen sich über die SPD hinaus Koalitionsoptionen erarbeiten, dürfte das ihre Chancen, auch in Zukunft zu regieren, vergrößern.

<sup>1</sup> Ströbele erreichte 31,6% der Stimmen im Berliner Wahlkreis 84 (Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg-Ost). Bei der Wahl 2005 konnte er das Direktmandat mit 43,2% deutlich verteidigen.

